

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. F. Danne & Co. —
Hanssen & Vogler, —
Ludolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Stralsund
beim „Zuglaidendruck“

1876.

35. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wb. v. Koller: Das lebhafteste Interesse, welches dieser Gegenstand im ganzen Lande erregt, wurzelt ohne Zweifel darin, daß man behauptet, es seien in dem Bericht der Untersuchungskommission gewisse Enthaltungen über Personen enthalten, auf deren Mittheilung alle Welt neugierig war. Es bedarf aber nur eines Blicks auf die königliche Botschaft, um sich zu vergegenwärtigen, daß diese Ermittlung über Personen gar nicht Aufgabe der Untersuchungskommission war, sondern nur die Unteruchung der Uebelstände, welche bei Begründung von Aktiengesellschaften zum Bau von Eisenbahnen zu Tage getreten sind, und die Ermüdung von Gesetzgebungsmäßigkeiten, welche diese Uebelstände verbüten sollten. Ich will daher über Personen hier gar nichts sagen. Darüber allerdings wird eine Verschiedenheit der Ansichten wohl nirgend obwalten, daß diejenigen Personen, welche Juristen genug waren, um die Gesetze zu kennen, und welche diese ihre juristische Fähigkeit benutzt haben, um in dem Gesetze die Löcher zu entdecken, durch die sie hindurchschlüpfen konnten, um sich auf unerlaubte Weise persönliche Vortheile zu verschaffen, fortan in dem öffentlichen Leben einen Platz nicht mehr finden dürfen. (Sehr wahr! Rechts.) Es wäre aber im höchsten Grade unbillig, alle diejenigen, welche in den letzten Jahren bei den Gründungen von Eisenbahnen theilhaftig gewesen sind und gewisse ungesetzliche Manipulationen mitgemacht haben, alle nach einer Schablone zu messen. Es gereicht zur Entschuldigung vieler Personen, daß die meisten dieser ungesetzlichen Operationen so öffentlich in der Bourse gemacht wurden, daß sie wohl in den Glauben versetzt werden konnten, es liege darin nichts Verbotenes. Das Haus muß einen Unterschied machen zwischen den offenbar gesetzwidrigen und denen, die eben nur mitgemacht, was sie alle haben machen sehen. Verschiedene Ursachen haben zusammengewirkt, um die Uebelstände herbeizuführen, deren Untersuchung der Kommission oblag. Es war zunächst der Milliardenstrom, der sich über Deutschland ergoß, sodann der fieberhafte Aufschwung aller Zweige der Industrie nach dem Kriege, die durch große Schichten des Volkes sich erstreckende Spekulationswuth nach dem Kriege und die Meinung, mühelos Geld zu erwerben; endlich aber auch der nicht unberechtigte Drang nach Eisenbahnen in denjenigen Landestheilen, die bisher in dieser Hinsicht vernachlässigt worden waren. Wurde doch jede Erklärung des Handelsministers, daß er diesem Drange nachgeben und den Bau von Eisenbahnen mit allen Kräften fördern würde, vom Hause selbst mit einer wahren Begeisterung begrüßt. Die Hauptschuld an diesen Uebelständen trifft aber entschieden die Gesetzgebung selbst. Zunächst ist das Konzeßionsverfahren ein höchst mangelhaftes. Eine Trennung der Vorarbeiten von dem eigentlichen Konzeßionsvertrage ist nach den Gesetzen gar nicht vorhanden; es ist alles in das Belieben des Handelsministers gestellt, und die naturgemäße Folge davon ist, daß sich im Publikum die Meinung verbreitet, es werde hier nach Gunst oder Ungunst entschieden. Die Untersuchungskommission hat es daher als das unbedingt erste Erforderniß erachtet, daß hier eine entschiedene Trennung vorgenommen, und daß schon bei den Vorarbeiten Vorzüge getroffen werde, sichere Garantien für die Ausübung von zu erlangen. Sie schlug vor, eine Behörde zu schaffen, die unabhängig vom Handelsministerium das ganze Material genau sichtet und prüft und sich alsdann darüber auspricht, ob die Konzeßion ertheilt werden könne oder nicht. Noch mehr als das Konzeßionswesen schien aber der Kommission die Aktiengesetzgebung die größte Schuld an den zu Tage getretenen Mängeln zu tragen. Sie mußte sich sagen, daß es hier einer ganz anderen Kontrolle derjenigen Vorschriften bedürfe, welche das Gesetz giebt, damit die Aktiengesellschaften solide zu Stande gebracht und solide verwaltet werden. Die Untersuchungskommission hielt zur Herstellung dieser Kontrolle für nöthig, daß vor Allem der Begriff „Gründer“ gewaltig fixirt werde, und daß sowohl rechtlich als faktisch aller nothwendigen Garantien unter bestimmte Gesetzesparagrapphen gestellt werden. Es sollte bei jeder Aktiengesellschaft eine von der Verwaltung unabhängige Kontrolle etabliert werden, unter der alle Manipulationen des Verwaltungsrathes stehen; die Verantwortlichkeit der Gründer und Aufsichtsräthe sollte verstärkt und jedem Aktionär das Recht gegeben werden, wo er irgend Ursache hat anzunehmen, daß ungesetzlich verfahren wird, die strafrechtliche Verfolgung der Betreffenden zu beantragen. Ueber alle diese Punkte war die Kommission einverstanden.

Abg. Dr. Sasse: Es ist ungefähr drei Jahre her, seitdem die Verhandlungen hier geführt worden sind, welche die Unternehmung zur Folge gehabt haben, und der Bericht selbst ist ungefähr dritthalb Jahre fertig und in den Händen des Publikums. Zur Rechtfertigung dieses

Bericht hätte ich vielleicht nichts zu sagen gehabt, wenn nicht der Vorredner einen sehr erheblichen und schweren Vorwurf gegen den Bericht gewendet und diesen zuletzt gegen meine Person gerichtet hätte. Ich bin dem Abg. v. Tempelhoff für diesen Vorwurf dankbar; denn er kommt mir zu Hilfe, etwas mittheilen zu können, wozu ich vielleicht keine Veranlassung gehabt hätte. Der Vorredner hat gesagt, die Untersuchung sei ohne Grund an einer oder an mehreren Stellen des Berichts abgebrochen worden. Aus einer Kopfbewegung des Herrn v. Tempelhoff entnehme ich, daß er nur eine Stelle meint. (Abg. v. Tempelhoff bestättigt dies.) Es ist mir wichtig, dies zu konstatiren. Bekanntlich war es die Absicht des Hauses und namentlich von mir persönlich beantragt, eine parlamentarische Untersuchungskommission einzusetzen. Eine solche hätte den Vortheil gehabt, daß sämtliche Parteien dabei vertreten gewesen wären, daß die Berichte über diese Verhandlung öffentlich in der Presse behandelt worden wären, und daß das ganze Land sich bei der Untersuchung theilhaftig hätte. Es wäre dann ein reichliches Material zur Korrektur der Angaben und zur Untersuchung zusammengefloßen. Gegen unseren Willen ist diese Absicht durch eine sehr kurze Maßregel der Regierung vereitelt worden. (Sehr richtig!) Keine Partei im Hause wollte damals wieder in einen Konflikt gerathen, was doch gewiß geschehen wäre, wenn wir gegenüber der königlichen Verordnung darauf bestanden hätten, daß eine parlamentarische statt einer königlichen Untersuchungskommission eingesetzt werde. Dies allein hat uns bestimmt, auf den Willen der Regierung einzugehen. Daß viele Nachtheile hiermit verbunden waren, daß nicht entfernt alle Parteien des Hauses bei der Untersuchung vertreten waren, daß die Last auf wenigen Mitgliefern ruhte, und daß die Öffentlichkeit nicht in dem erforderlichen Maße gewahrt sein konnte, ja die Sache gewissermaßen geheim behandelt wurde, das Alles lag in der Natur der königlichen Kommission. Nun macht man der liberalen Partei einen Vorwurf daraus, daß sie damals nicht der königlichen Vorschläge gegenüber die Form einer parlamentarischen Untersuchung festgehalten habe. Ich glaube, keine Partei des Hauses kann ein solcher Vorwurf treffen, denn wir sind mit dem von allen Seiten unterstützten Antrage nicht durchgekommen. Jedoch hat die Regierung durch die Berufung zweier konservativen Mitglieder in die Kommission, der Herren v. Tettau und v. Köller, zwei Zeugen geschaffen, welche mein Verhalten in der Kommission kontroliren konnten und mir bezeugen werden, daß ich die Untersuchung ohne Rücksicht auf irgend eine Partei gewünscht, daß ich die umfangreiche Vernehmung der Personen beantragt und daß ich endlich die meiste Publikation der Ermittlungen für wünschlich gehalten habe. Die eine von dem Vorredner so deutlich bezeichnete Stelle, aus welcher er für die Kommission und mich den schweren Vorwurf hergeleitet hat, daß wir die Untersuchung abgebrochen hätten, betrifft die Eisenbahnbauten von Hannover-Altenbeken und Böhne-Bienenburg. In dieser Angelegenheit sind nicht zwei, sondern drei Zeugen vernommen worden, von denen der eine, der Schatzgräber König, die umfassendste Auskunft über das gesammte Sachverhältniß gegeben hat. Der zweite Zeuge, ein Kommerzienrath Cohen, welcher als Vertragsschlichter bei der Eisenbahn theilhaftig war, verweigerte die vollständige Auskunft. Mit dem bösen Willen und dem Widerstand der Zeugen hatten wir übrigens öfter zu kämpfen und selbst solche Personen, bei denen man es gar nicht hätte vermuthen sollen, suchten durch Hervorkehrung der juristischen Natur und durch Verhüllung der wahren Seiten der Verhältnisse der Ermittlung der Wahrheit aus dem Wege zu gehen. Es war gleichfalls ein Fehler, daß der Kommission nicht das Recht des Zeugnißzwanges gegeben war; alle Zeugen, die überhaupt vernommen worden, sind freiwillig gekommen. Die königliche Untersuchung hat für uns nur den Vortheil gehabt, daß sehr viele Beamte theilhaftig waren, und daß uns von der Regierung mit der größten Offenheit alles Material und jegliche Auskunft mitgetheilt wurde. Für den Mangel des Zeugnißzwanges konnten wir jedoch keine Korrektur schaffen, weil hierzu ein Gesetz unter Mitwirkung des damals nicht mehr versammelten Landtages und der Regierung erforderlich gewesen wäre. Vor dieser Sachgasse standen wir mehrmals. Wir suchten nun für die Untersuchung der erwähnten Unternehmungen einen anderen Zeugen, das war der Reichstagsabgeordnete Widies, den wir zur Zeit als der Reichstag versammelt war, nicht weniger als viermal zum Theil in Berlin, zum Theil in seinem Heimatorte vorluden und dessen augenblicklicher Aufenthaltsort laut Inquisitionsschein niemals zu ermitteln war. (Seiterkeit.) Wir haben nach dreimonatlicher angestrengter Thätigkeit noch 14 Tage dieser Untersuchung halber gewartet und selbst dann noch habe ich beantragt, daß die Kommission mit dem definitiven Abschluß der Untersuchung warten solle, bis durch die Herbeischaffung des nöthigen Zeugen auch in diese Angelegenheit dieselbe Klarheit gebracht worden sei, wie in die übrigen. Mein Mitcollege in diesem Hause wird mir bezeugen, daß ich diesen Antrag mit derjenigen Energie verteidigt habe, mit der man überhaupt einen Antrag verteidigen kann, wenn man nicht die übrigen Mitglieder mit der Faust angreift. (Seiterkeit.) Die Kommission hat aber mit sämtlichen Stimmen gegen die meinige beschlossen, der Bericht sei abzuschließen. Ich habe gegen diesen Beschluß Protest eingelegt und denselben zu Protokoll gegeben. Kann man noch mehr in der Sache thun? (Rufe: Nein!) Meine Intentionen werden Sie daraus ersehen, daß fast alle Thatfachen über die zur Untersuchung gestellten Eisenbahnen von mir der Kommission mitgetheilt worden sind. Ueberall habe ich Material und Zeugen zu beschaffen gesucht, allerdings mit Ausschließung derjenigen Personen, die von vornherein den Charakter des Eigennutzes und der Niederträchtigkeit darthaten, welche die Gelegenheit nur benutzen wollten, um selbst einen Vortheil zu erreichen und Erpressungen gegen bestimmte Personen zu versuchen. Ich füge noch hinzu, daß die Beglaffung solcher Zeugen vorzugsweise bei den gegen meine Gegner gerichteten Untersuchungen stattgefunden hat. Der Verdacht, den die Worte und die Thatchengruppirung des Vorredners erwecken könnten, als hätte ich nicht mit voller Energie die Fortsetzung der Untersuchung verlangt und mir nur einen süßen Zwang antbun lassen, wird also vollständig schwinden. Ich muß aber auch von der Untersuchungskommission den Verdacht abwenden. Vor allem thut es mir leid, daß der Abg. von Tempelhoff nicht mit ausdrücklichen Worten auf der Tribüne das gesagt hat, was er später durch eine verneinende und bejähende Bewegung mir gegenüber ausgedrückt hat: daß er nämlich die angedeutete Lücke im Bericht nicht an mehreren, sondern nur an dieser einen Stelle gefunden habe. Wenn er dies ausdrücklich erklärt hätte, so wäre der Vorwurf lokalisiert worden, und ein solcher läßt sich immer viel eher zurückweisen. Nun, die Kommission nahm an, daß bei dem Bericht über Hannover-Altenbeken und bei dem Bericht über Böhne-Bienenburg die Thatfache, daß eine Generalentreprise abgeschlossen sei, daß die Aktien unter Pari auszugeben seien, daß alle diejenigen Mängel, die sich bei den andern 11 Bezug auf die Finanzierung, in Bezug auf die Generalentreprise und in Bezug auf die Angaben der Regierung gegenüber und an verschiedenen Stellen vorgefunden haben, auch hier schon

durch Zeugen und Verträge dargestellt sind. Mein Wunsch der ferneren Untersuchung befand darin, daß ich wünschte, daß diejenigen Personen, welche dabei lediglich im Interesse ihrer Provinz mitgewirkt haben, ohne für sich selbst auch nur den geringsten Nutzen zu ziehen, geschieden werden mögen von denjenigen Personen, denen der Vorwurf der Täuschung und des Eigennutzes gemacht werden muß, und ich habe dies ausdrücklich in der Kommission erklärt. Die Kommission sagte aber, daß sie nicht über die persönliche Schuld oder Unschuld zu entscheiden habe, soweit nicht die Dinge für die Darstellung eines objektiven Mißstandes notwendig seien, und sie blieb sich in diesem Vorgehen so konsequent, daß sie diejenigen Ermittlungen, welche geradezu himmelschreiend waren, in Beziehung auf die Zustände, die sie dargelegt haben, sowohl von Eigennutz, wie von Verirrungen redlicher Männer, gar nicht mit den Namen im Bericht wiedergegeben hat. Wir haben z. B. entdeckt, daß bei verschiedenen Bahnen und namentlich der Halle-Sorau Subener ein förmlicher Handel mit den Zeichnungen für die Aktien getrieben worden ist, daß Agenten ausgesendet wurden, daß einer der angegebendsten und höchstehenden Männer im Lande gegen einen solchen Revers Aktien, wenn ich nicht irre, in Höhe von 400,000 Thalern gezeichnet hat, ohne Lohn dafür zu nehmen, während er doch eine unwahre Zeichnung gemacht hat, und daß Personen der verschiedensten Stände sich direkt betheiligte und für die Schwindelzeichnungen große Provisionen davon getragen haben. Ich habe den Wunsch gehabt, daß alle diese Dinge, die zu dem verwerflichen Schacher gehören, die man überhaupt in dieser Angelegenheit hat entdecken können, mit den Namen mitgeteilt werden sollten, die Kommission ist aber aus dem oben erwähnten Grunde hierauf nicht eingegangen und hat auch hierdurch ausdrücklich die Abbrechung der Untersuchung motivirt. Der Herr Abg. v. Küller hatte ganz richtig seine Rede damit eingeleitet, daß man völlig zwischen den Personen, welche keine Kenntniß von der Tragweite hatten, und denen, die systematisch darauf ausgingen, die Gesetze zu umgehen, unterscheiden muß, wenn sie auch bei derselben Gesellschaft vorkommen. Bei der pommerschen Zentralbahn zum Beispiel, die von Widerwärtigkeiten und von Uebertretungen der Gesetze bis zur bornirten Verletzung derselben und der Verträge voll ist, finden sich neben den unmittelbaren Theilnehmern eine Reihe von Gutsbesitzern, die, wie der als Zeuge vernommene Herr v. Wellentin, mit dem besten Glauben vorgegangen sind, und das war ja eben die große Gefahr, daß diejenigen, welche diese bösen Unternehmungen herbeiführen wollten, sich Personen zu verschaffen mußten, unter deren Redlichkeit sie hinwegschlüpfen. (Sehr wahr!) Ich habe es schon vor drei Jahren ausgesprochen, daß ich es zum Wohle des Landes für notwendig halte, daß eine Kluft zwischen den Redlichen, die ihren Nachbarinteressen dienen, und jenen Unredlichen, die sich nur ihre Taschen füllen wollten, gemacht werden müsse, zwischen denen es gar keinen Uebergang giebt; ich habe schon damals erklärt, daß der Dilettantismus dieser Schwindelhaften Unternehmungen aufhören solle, denn niemals habe ich mir eingebildet, daß es möglich sei, durch öffentliches Wirken oder durch Gesetze den Schwindel aus der Welt zu schaffen, ich habe nur gewünscht, daß eine Theilung der Arbeit eintrete, der Schwindel gänzlich dem Schwindler überlassen werde und die redlichen Leute redlich handeln sollen (Heiterkeit.) Gerade wie mit den übrigen Unternehmungen war es auch mit den beiden, über deren nicht völlige Untersuchung der Abg. v. Tempelhoff sich beklagt hat; es haben sich Personen betheiligte, die geradezu schwindelhafte Absichten verfolgten, aber auch andererseits solche, die nur im Interesse ihres Landes zu handeln glaubten, wie der Graf Münster und Herr von Bennigsen, Namen, über die das Land ungewisselt sein Votum abgegeben hat, für die jeder redliche Mann gewissenhafter Weise eintreten wird, daß sie nur ihrem Lande zu dienen gemeint haben, (Sehr wahr!) und Sie haben sogar den Anhalt dafür in der Untersuchungs-Kommission. Zunächst ist kein Schatten von Zweifel, daß keiner von diesen beiden den Gewinn, er heiße Gründergewinn, Agiotage oder wie sonst, auch nur mit einer Spur betheiligte war. Umgekehrt ist aber eine andere Unregelmäßigkeit vorgekommen, die ich der Form nach nicht für richtig halte und die ich erfahren habe, nämlich die, daß, weil sie in gar keiner Weise bei den Aktien betheiligte waren, ihnen dieselben übertragen werden mußten, damit sie überhaupt Mitglieder des Verwaltungsraths werden konnten. Aber was haben diese Herren gemein, mit den vielen Andern, die bei der Gelegenheit sich Agiotage-Anteil ausbedungen haben und ihren Gründergewinn zu sehr hohen Summen genommen haben? Das trennt gerade so, wie zwischen Redlichen und Unredlichen (Beifall.) Ich hoffe also, daß der Abg. von Tempelhoff sich über dieses gute Werk freuen wird, daß er mir in Form eines Angriffes heute Gelegenheit gegeben hat, die Angelegenheit vor dem Lande klar zu stellen und zu zeigen, daß hier von einer Parteilichkeit auch nicht entfernt die Rede gewesen ist, und daß ich namentlich persönlich in der besten Absicht es an nichts habe fehlen lassen, um diese Untersuchung formell zu Ende zu bringen. Die Untersuchungskommission hat von vornherein sich den Plan so entworfen, daß sie sich zunächst sachlich informirte, ehe sie an die Untersuchung der einzelnen Unternehmungen ging. In den ersten 6 Sitzungen hat sie sich mit der Vernehmung der Regierung beschäftigt, die ihr Auskunft ertheilte über die Grundsätze, welche beim Eisenbahnbau in Anwendung gekommen sind. Bis die Vernehmung der Sachverständigen anfang, hat die Kommission sich mit der Untersuchung der einzelnen Gegenstände beschäftigt. Alsdann hat sie sich bemüht, die Sachverständigen so auszuwählen, daß sämtliche Richtungen betheiligte waren; sie hat vernommen Bankiers, einen Fabrikanten, Verwalter von Privat- und Staatsbahnen, Vertreter von Eisenbahngesellschaften und Vertreter der Regierung, und hat auch hier volles Licht herbeizuführen gesucht. Namentlich muß ich hier dem Namen eines Mannes Genußnahme verschaffen für die Angriffe, die derselbe zu meinem höchsten Bedauern in diesem Hause erlitten hat, ich meine den Herrn Geh. Kommerzienrath Warschauer. Wenn es irgend einen Mann in ganz Berlin giebt, von welchem die e i n i g e Meinung ist, daß er absolut frei ist von dem Streben nach einem Gewinn, der mit Agiotage zusammenhängt, und dem kein Vorwurf dieser Art gemacht werden kann, so ist es Herr Warschauer; und gerade deshalb haben wir den höchsten Werth darauf gelegt, diesen Sachverständigen zu vernehmen. Da nun aber Niemand beschädigt werden sollte, wenn er redlich und uneigennützig im öffentlichen Interesse seine Dienste leistet und dies für den Herrn Warschauer hier zutrifft, indem das in diesem Hause gegen ihn Gesagte mindestens als ein kleiner Vorwurf für ihn bestehen kann, so habe ich mich verpflichtet gehalten, an dieser Stelle für ihn einzutreten und zugleich mitzutheilen, daß ein Hauptangriff gegen ihn und seinen guten Willen von dem Abg. Röderath in Folge eines Druckfehlers gerichtet wurde. Jener Herr Abgeordnete hat eine ziemlich absichtliche Entstellung dem Herrn Geheimrath Warschauer zugeschrieben, weil dieser gesagt hatte, daß man „durch Bekanntschaft mit dem Dezerenten eine Angelegenheit erreichen könne“, während im Druck des Berichtes das Wort gebraucht ist: „durch Bekanntschaft mit dem Dezerenten“. Es ist dies doch immer ein Vorwurf, daß Jemand geflissentlich seine Aussage anders dargestellt habe, um sich gegen Vorwürfe zu entlasten. Ich selbst habe daher Veranlassung genommen, in dem stenographischen Bericht amtlich nachsehen zu lassen, und es ist mir amtlich berichtet worden, daß dort nach der Aussage des Hrn. Warschauer Dezerenten steht, nicht Dezerenten. Diese Schuld der Dankbarkeit habe ich hier abstellen zu müssen erlaubt gegen einen Herrn, den ich erst bei Gelegenheit der Untersuchung persönlich kennen lernte, und der im ganzen Publikum auf die vorbeschriebene Weise charakterisirt wird. Nachdem Ihnen nun die Kommission das sachverständige Material unterbreitet hat, sind Sie und das Land völlig in der Lage, zu beurtheilen, welche Mißstände geherrscht haben und wodurch dieselben verursacht sind. Ueber die in dem Berichte erwähnten Persönlichkeiten ist in dem kühlen Tone eines richterlichen Erkenntnisses berichtet worden, so daß der Untersuchungskommission keineswegs der Vorschlag der Parteilichkeit gemacht werden kann. Sachlich haben wir nun gefunden, daß der Hauptmißstand im Eisenbahnbauwesen in zwei Punkten besteht. Erstens haben wir über das Eisenbahnbauwesen überhaupt gar keine Institutionen und Gesetze, welche als Leitfaden für die Regierung dienen sollten, sondern es ist von jeder nur in ein gewisses arbiträres Ermessen der Behandlung gestellt, welches gleichmäßige Grundsätze nicht auf-

kommen läßt. Der Mangel an Gezege läßt sich durch die Befolgung einer gleichmäßigen Tradition weniger fühlbar machen; dies ist aber in der Entwicklung des preussischen Eisenbahnwesens auch nicht immer der Fall gewesen. Diese Thatfache wird sehr wichtig für die materielle Behandlung der in den nächsten Tagen an uns herantretenden Eisenbahnvorlagen sein. Die Eisenbahn-Angelegenheiten sind nämlich unglücklicherweise immer mit den politischen und Verfassungszuständen des Landes von vornherein in eine sehr ungelunde und unzulässige Gemeinschaft gekommen. Im Gezege von 1838 war man sich des staatlichen Inhalts der Eisenbahnen vollkommen bewußt und hielt es nicht wie jetzt für einen natürlichen Zustand, daß das Eisenbahnwesen Gegenstand des Privathandels und der Privatausbeute sei. In drei Punkten unterscheidet sich das Gezege von 1838 hauptsächlich von unserer heutigen Praxis. Die Eisenbahnen sind nach jenem Gezege verpflichtet, nach Ablauf von drei Jahren die Befrachtung völlig frei nach einem festgestellten und geleglich begrenzten Tarif von Privatpersonen und von solchen, welche sich dazu melden, ausüben zu lassen. Daburch, daß jeder das Befrachtungsgegeschäft treiben kann, war die öffentliche Natur der Strage vollkommen kenntlich gemacht. Zweitens waren die Eisenbahnen im Gegensatz zu sonstigen Privatunternehmen steuerfrei und zahlten nur eine besondere Eisenbahnsteuer, wovon nach und nach die Aktien der Gesellschaft angefaßt wurden, so daß das Privatbahnwesen nur als provisorischer Uebelstand, und das Staatsbahnwesen als festingestellt wurde. Endlich waren die weitestgehenden Regulativen der Regierung vorbehalten und besonders das Rückkaufsrecht nach dreißig Jahren. Der Staatsbahnbau wurde in Preußen deshalb nicht mehr begünstigt, weil die Staaten damals noch nicht über große Summen zu verfügen wußten und weil die verfassungsmäßigen Zustände verboten, Anleihen aufzunehmen. Im Jahre 1842 sicherte dem Staate der Gezegeber von 1838, verfassungsmäßig freilich mit Unrecht, einen weiteren Einfluß auf die Bahnen durch Gewährung von Garantien für dieselben aus den Staatsmitteln. Aber noch nie ist ein Verstoß gegen die Verfassung heilsamer gewesen als dieser, denn für die erteilten Garantien erhielt der Staat einen sehr großen Antheil und außerdem Rückkaufsrechte durch Amortisation, von denen er bis auf eine spätere Depreciation der Anschaffungen Gebrauch gemacht hat. Als im Jahre 1847 zum ersten Male Repräsentativkörperschaften zusammenkamen, von denen der König behauptete, sie könnten Anleihen machen, handelte es sich sofort um die Herstellung einer großen Staatsbahnlinie, der Ostbahn. Aus verfassungsmäßigen Gründen haben damals die Vertreter Preußens diese Bewilligung verweigert, aber von dem Jahre 1848 an, wo verfassungsmäßige Zustände geschaffen waren, fängt der Staatsbahnbau an zu überwiegen. Ich bin es bei dieser Gelegenheit einem verstorbenen Manne, dem ich in seiner Eigenschaft als Handelsminister viel Opposition gemacht habe, schuldig, das höchste Lob nachzusagen, daß er diesen Theil der Staatsbahn und die Eisenbahnpolitik mit einer Klarheit und Energie verwaltet hat, wie wir seitdem leider nicht erlebt haben, dem Abg. v. d. Heydt. Er hat es bewirkt, daß die Oberschlesische Eisenbahn mit ihren Dependenz und die Niederschlesische-Märkische an den Staat übergingen, sowie, daß endlich einmal das Eisenbahnsteuergesetz ins Leben gerufen wurde, und schließlich, daß die Privatbahnen unter die Jurisdiction der Staatsverwaltung kamen. Ich kann leider nicht das Abgeordnetenhaus von der Schuld freisprechen, daß es durch systematische Opposition von dem Wege abgelenkt hat, welchen das Jahr 1838 vorbereitet und Herr von der Heydt auszuführen begonnen hatte. Die erste Etappe zum allmählichen Rückschritt bildete das Jahr 1859 mit seiner Kriegaanleihe wegen der italienischen Wirren, ein noch größeres Unglück trat aber ein, als der Konflikt begann und Herr von der Heydt statt eines guten Handelsministers ein schlechter Finanzminister und Politiker wurde. Der Konflikt hat dazu beigetragen, daß keine Gelder mehr bewilligt wurden, denn wir standen eben mit der Regierung in Verfassungsschlacht, und die Regierung hatte nicht viel Zeit, sich um wirtschaftliche Angelegenheiten zu kümmern. So ist auch ein förmlicher Beschluß zu Stande gekommen, wonach bis zur Beilegung des Konflikts Anleihen und Bewilligungen für Eisenbahnen nicht gemacht werden sollten. In dieselbe Zeit fielen die Auerziehungen und Todung von Stroußberg's, und nun ging man mit vollen Segeln in den Privat-Eisenbahnbau; die Regierung vertiefte sich so sehr in dieses neue Unternehmungsgebiet, welches sie aufgefunden hatte, daß sie den Staatsgedanken weit über die Noth hinaus preisgab. Schon im Jahre 1864 fing sie damit an, ihre Verkaufsrechte an der Aachen-Düsseldorf und die Ruhrort-Rhefeld Kreis Gladbacher Bahn durch einen vorzeitigen Vertrag, ohne das Abgeordnetenhaus zu befragen, in die Hände von Privatpersonen zu spielen, denn hierin bestand damals die Hauptkritik der Regierung, und mein erster Akt im Abgeordnetenhaus bestand darin, daß ich in Gemeinschaft mit dem Abg. Dr. Hammer eine Interpellation einbrachte, worin ich gegen diese neue Art der Veräußerung protestirte. Im nächsten Jahre erfolgte der Vertrag, der uns mehr geschadet hat in Beziehung auf die Entwicklung des Eisenbahnsystems, als irgend etwas Anderes, und welcher die Amortisation und den Heimfall der Köln-Mindener Eisenbahn für 13 Millionen an eine Privatgesellschaft verkaufte, und ebenso wäre die weisfälische Bahn verkauft worden, wenn nicht das Abgeordnetenhaus dazwischen getreten wäre. Indessen war der Staatsgedanke gänzlich verschwunden, man ging immer weiter und schließlich fand der Minister es für gut, sein Programm zu entwickeln, welches dahin ging, nur Eisenbahnen zu bauen, auf welche Weise es auch sein mochte. Sie sehen jetzt, wohin diese Wirksamkeit geführt hat. Als ich zur Zeit sagte, daß im Handelsministerium nur nach Gunst und Ungunst verfahren zu werden scheint, wandte sich hiergegen gerade ein sehr starker Protest. Nun, wenn Sie jetzt die Berichte durchlesen, so werden Sie die Beispiele finden, mit welcher Hartnäckigkeit und welchem plötzlichen Wechsel Gunst und Ungunst bestimmten Personen und Unternehmungen bald versagt, bald zugewendet worden ist. Es wird als ein Grundsatz z. B. ausgesprochen: es werden Konkurrenzbahnen nicht gebildet, wenn sie keine neue Interessen darbieten und nicht neue Landstrecken etwa aufschließen, dann finden Sie aber an anderen Stellen wieder, daß die Konkurrenz sehr gewünscht wird. Ich bringe die Berlin-Dresdener Bahn als Beispiel vor. Da lesen Sie nur die erste Seite nach. Da werden Sie sehen, wie 3 oder 4 Personen hintereinander die Konzession abgeschlagen sind weil kein Bedürfnis dazu vorliege, weil dies eine bloße Konkurrenzbahn zur Berlin-Anhalter sei; der fünfte, der sich darum bewirbt, bekommt die Konzession sofort und mit einer Schnelligkeit, die wirklich, wenn man das sonst so langsame Verfahren des Handelsministeriums in Betracht zieht, wie Herzer aufschreit. (Heiterkeit.) Dies Beispiel steht aber nicht allein; neben Sie ein zweites: Berlin Kiel, so werden Sie da auf der ersten Seite folgendes finden: erst wird die Konzession abgeschlagen wegen mangelnden Bedürfnisses — die Konzession zu Vorarbeiten — dann erscheint plötzlich der Graf Bräffer de St. Simon und verlangt die Erlaubnis zu Vorarbeiten und 2) die Priorität vor anderen Mitbewerbern. Darauf werden ihm entgegen den früheren Erklärungen die Vorarbeiten erlaubt, die Priorität wird ihm nicht eingeräumt, und zwar aus dem Grunde, weil ein anderer Bewerber um diese Bahn schon vorhanden sei. Sie finden in den Akten, daß an demselben Tage, an dem der Graf Bräffer de St. Simon die Erlaubnis ohne die Priorität bekommt, einer hiesigen Baugesellschaft ohne Gelde die Erlaubnis in das Haus geschickt wird. Nachdem der Graf Bräffer de St. Simon sich an eine höhere Instanz gewendet hat, bekommt er von da eine Empfehlung auch für die Priorität, und man schreibt der Gesellschaft, daß sie sich wegen der Finanzierung und des Zubehörs eines Planes innerhalb 8 Tagen zu entscheiden habe. Darauf erwidert diese Gesellschaft: „Das heißt Zurückziehen der Konzession, denn niemals wird eine so kurze Frist von 8 Tagen gestellt“, und nun schreibt der Minister dem Grafen Bräffer de St. Simon: Nachdem die Sache erledigt ist, wird Priorität erteilt. Ist dies mit Gunst oder mit Ungunst behandelt? Ähnlich liegt das Verhältniß bei der Berliner Nordbahn, wo auch eine Ablehnung stattfand, bis endlich die früheren Konzessionen kamen. Da wird von vornherein eine wahrhaft rührende, andauernde Liebe zu Hansmann, Meißner und Genossen von dem Handelsminister dargeboten. So viel Schwierigkeiten das Zubehörsbringen dieser Gesellschaft unter Protektion dieser Herren macht, der Minister läßt sich Jahre hindurch nicht abschrecken, Verhandlungen mit ihnen zu führen, ihren Rathschläge zu geben. Es

nicht sich in Finanz-Geschäftsabschlüsse der Berlin-Potsdamer, Halberstadt-Magdeburger und der Berlin-Hamburger Bahn, aber in welcher ist sein erster Grundlag dabei: ohne Abfindung an jene Herrschaft kann die Sache sich nicht machen. Was war nun das öffentliche Interesse dabei? Der Minister war vom ersten Tage von dem Desprezidenten von Brandenburg gewarnt, daß jenes Komitee bloß ein Tagelohn-Geschäft mache. In der That schloßen die Herren, sobald sie die Konzession in Händen haben, einen Vertrag ab, wonach sie die Potsdamer Magdeburger Bahn zu dem Bau gegen 1 Million Thaler Entschädigung hinzuziehen. Das war das große Interesse, mit welchem sie sich um das Zustandekommen der Bahn bemühten. Der Minister ist aber nicht abzubringen, es muß Jedermann dieses Komitee bilden und es gelingt ihm in der That, einen Vertrag zu vermitteln zwischen der Halberstadt-Magdeburger Bahn und diesem Komitee, welcher unter öffentlichen und sichtbarer Verletzung der Gesetze zu Stande kommt (Bewegung). Wir haben dies in den Akten. Der Halberstadt-Magdeburger Bahn gestattet der Handelsminister zum Bau dieser Bahn einen Tausendausgabe unter Pari zu 66 2/3 Prozent, die er sonst streng verweigert. Der Justizminister remontrirt, hält dieses Vorgehen für rechtlich unzulässig, indem er die von seinem Vorgänger vertretene Ansicht der gesetzlich unzulässigkeit für einen Irrthum erklärt. Der Handelsminister bringt die Angelegenheit vor das Plenum des Staatsministeriums, dieses stimmt dem Justizminister bei und verweist die Sache zur Entscheidung an den Handelsrichter in Magdeburg, der die Sache einzutragen hat. Der Handelsminister weist nun durch den Eisenbahnkommissar die Magdeburg-Halberstädter Gesellschaft an, sie möge die Enttragung durch den Handelsrichter in Magdeburg bewirken, weil Zweifel über die Zulässigkeit entstanden seien. Der Handelsrichter verweigert die Enttragung als gesetzlich unzulässig und die Gesellschaft berichtigt durch den Eisenbahnkommissar dem Handelsminister, daß sie auf die ihrer Juristen, auf den Rekurs verzichte, da verfügt der Handelsminister in spitzfindig rabulistischer Weise, das Staatsministerium habe nur die Anmeldung, nicht aber die Enttragung bei dem Handelsrichter angeordnet und sanktionirt, so gegen die richterliche Entscheidung eine offene Gesetzesverletzung. Vergebens haben sich die Mitglieder des Handelsministeriums bemüht, ihren Chef zu entlasten und die Schuld für diese Sache dem gesammten Staatsministerium zuzuschreiben. Als ich mich hier über die partielle Ertheilung der Bewilligung zu Vorarbeiten beklagte, wurde behauptet, die Vorarbeiten hätten für die zukünftige Konzession keinen entscheidenden Einfluß. Gerade das Gegentheil ersehen sie aus dem Bericht. Beim Prüfen der Vorarbeiten spielt der Handelsminister Gesammtes Staatsministerium, er prüft die finanzielle Lage, das Bedürfnis, die Ertragsfähigkeit der Eisenbahn, er prüft, ob gehörig finanziert, ob ein Entrepris-Vertrag in Aussicht genommen ist und dabei wechseln seine Entschlüsse kaleidoskopisch; was der Minister heute verbietet, gestattet er morgen; einmal warnt er vor Entrepris, weil er schlechte Erfahrungen damit gemacht hat, nachdem man aber dagegen remontrirt, gestattet er es stillschweigend, oder weist die Betreffenden direkt an Stroußberg resp. an das Komitee, welches Stroußberg vorzüglich den Ausbau seiner Bahnen übertragen hat. Ähnlich verfährt der Minister mit der Ausgabe der Aktien unter pari. Manchmal ist der Minister sehr streng, manchmal auch so vertrauensvoll, daß er den vollständigen Nachweis der Behauptungen einem Unternehmen erläßt, nämlich der Berliner Nordbahn, durch welches viele Bürger des Landes um ihre Ersparnisse gebracht sind. Mit einem Wort, aus dem ganzen Gebahren des Handelsministeriums aus den Jahren des Kommissions bis zum Abgang des vorigen Handelsministers leuchten die Schäden hervor, daß fast niemals die Verwaltung gebunden ist durch ein Gesetz oder durch ihre eigenen Regeln, sondern daß überall der persönliche Wille des Ministers durchdringt. Da ist es kein Wunder, daß die schlechten Unternehmungen wie Pilze aufsteigen. Zum Theil trägt aber auch das Abgeordnetenhaus, welches dessen Interessenbrang zum Ausdruck brachte, Schuld daran. Man hatte, wie der Handelsminister, die kindlich naive Auffassung, daß der Eisenbahnbau unter allen Umständen den Nationalwohlstand mehrte, während wir jetzt die Geldverwendung bei Konsumzwecken einsehen. Auf diese Weise sind schätzungsweise 150 Millionen verloren gegangen, worin die Ersparnisse einer großen Anzahl von Staatsbürgern enthalten sind. Der neue Handelsminister hat gleich nach der Fertigstellung des Berichts dem Hause ein Eisenbahnkonzessionsgesetz vorgelegt, über das man ja materiell verschieden denken kann. Jedenfalls leidet aber das Land seitdem an der Verwilderung, in welche die Eisenbahnverwaltung und das preuß. Eisenbahnwesen gebracht ist mit den Rechten und Ansprüchen, welche das Reich auf die Eisenbahnen auszuüben hat. Die heutige Verhandlung hat den Hauptzweck, eine ethische Klärung herbeizuführen und das bezwecken wir mit unserem Vorschlage sub 1a. Ich entscheide die Frage nicht, ob unser Altiengezet auf die Eisenbahnen wird Anwendung finden können, jedenfalls leidet es an dem Mangel, daß es nur eine Form für alle Aktien kennt, während bei verschiedenen Unternehmungen verschiedene Gefahren zu verhüten sind. So lange dieses Gesetz besteht, muß in der Wachsamkeit der Regierung ein Korrektiv gegen die Verwilderung der früheren, offen getriebenen Mißbräuche gefunden werden. Aber das ganze gegenwärtige Altiengezet ist nicht ausreichend die freie Gestaltung der Altiengeellschaften zu sichern und das Land gegen unermesslichen Schaden zu schützen. Durch Manipulationen auf Grund dieses Gesetzes ist der bezeichnendste Ausdruck für Produktivität „Gründer“ und „Gründung“ in gesellschaftlichen Mißkreisläufen gekommen. Der Volkswirtschaft hat aber Recht, denn bis zum Jahre 1873, wo die Bewegung eingetreten ist, beuteten unter dem Dementale des Altiengezetes eine große Klasse von Leuten durch unproduktive Gründungen das Land zu ihrem Vortheile aus. Das Altiengezet brachte nicht erst durch die Durchführung einer neuen wirtschaftlichen Idee die Schäden zum Ausdruck, das Uebel liegt bereits im Handelsgezetbuch. Nicht die Konzessionsvertheilung schlägt gegen Uebervertheilung, denn der Untersuchungsbericht erweist klar, daß alle diese Uebel unter der Herrschaft der Konzessionen geberricht haben. (Sehr richtig) Das Handelsgezetbuch ist in Deutschland wesentlich unter kaufmännischen Gesichtspunkten zu Stande gekommen, weil man gutmüthig an den Satz glaubte, die Freiheit heiße sich durch sich selbst. Man hat später nach Kartellen gesucht, aber eher die Kartellen des Ges. von 1870 zu wirken beginnen, haben eine Anzahl von Personen ihren Raub ins Trockene gebracht. Die meisten Altiengeellschaften werden, nachdem sie die Unreinlichkeit der Geburt von sich abgestreift haben, bis zu einem gewissen Grade sauber, wenn man andere Personen an die Stelle treten läßt. Sehr häufig haben sich die Gründer dagegen gestäubt, in den Verwaltungsrath einzutreten, wenn sie gänzlich verdeckt bleiben wollten, oft auch haben sie sich in den Verwaltungsrath gedrängt, um die Verwaltung in den Händen zu behalten. Alle früheren Handlungen fallen gar nicht mehr unter den Schutz des Handelsgezetbuches von 1870. Wir haben Ihnen nun als Resolution diejenigen Punkte ausgezeichnet, über die ein Streit im Hause nicht sein kann. Welcher Art sind nun die Maßregeln? Nach meiner Ueberzeugung ist das Altienwesen, dessen Kapitalbildung wir nicht entbehren können, nur dann in richtige Bahnen zu bringen, wenn überall die vollste Publizität garantiert wird, wenn für diese Publizität die vollste Verantwortlichkeit der mit der Gründung, Leitung, Kontrolle und Verwaltung vertrauten Personen eintritt und wenn endlich das, was das Gesetz überall für notwendig hält, um vor Täuschungen zu schützen, vom Gesetze auch mit dem richtigen Namen genannt wird, und nicht mit Scheinstrafen, sondern mit wirklichen Betrugsstrafen belegt wird, und endlich, wenn Sorge dafür getragen wird, daß die Organe der Gesellschaft nicht mehr künstlich, wie das heute geschieht, zu Privatinteressen gruppiert werden, sondern daß darüber gemacht werde, daß diese Organe wirklich als selbstständig handelnde und vertretende auftreten, endlich auch eine Erspäßig für eingeführt werde. Wenn es möglich wäre eine Entscheidung gegen die Mitglieder des Verwaltungsraths, welche der Gesetzesübertretung angeklagt sind und wie es als Beispiel die pommerische Zentralbahn darbietet, so würden sich nicht mehr Personen finden um solche Scheinmannöver zu machen. Wenn sich aber die Herren in die Faust schlagen können und ihre gesellschaftliche Stellung nicht verlieren, während die Klage durch das ganze Land geht, dann fürchte ich, daß in einer späteren Zeit dies selbe sittenverderbende Spiel vor sich gehen wird. Treten aber Gesetzes-Bestimmungen der Publizität und Verantwortlichkeit ein, so werden entweder als Gründer

nur solche Personen auftreten, die an Ehre und Vermögen über-
haupt nichts zu verlieren haben, oder jeder Andere, der wirklich etwas
zu verlieren hat, wird darüber wachen, daß nur gesetzmäßig gehandelt
werde. Wenn man mir entgegenhält, daß unter diesen strengen Be-
stimmungen sich überhaupt nicht mehr Personen finden werden, so
weise ich darauf hin, daß das ganze kaufmännische Geschäft auf die
allergrößte Verantwortlichkeit gestellt ist. Raum der reichste Bankier
ist im Stande mit seinem eigenen Vermögen aufzukommen für die Ver-
antwortlichkeit, die er sich dabei unterzieht, und ich glaube, wir haben
überall gesehen, daß der Gewinn anstehend gewesen ist, daß man auch
sein Risiko darauf setzt. Aber wenn der Gewinn nicht lobnend genug
ist, so ist es nicht wirtschaftlich, zu gestalten, daß nun durch Umgehung
der wirtschaftlichen Prinzipien ein anderweitiger Gewinn, ein unrech-
tmäßiges Aufgeld gegeben wird, damit sogenannte anständige Leute sich
mit dem Aktienwesen beschäftigen sollen. Wer glaubt, daß sich nicht
Vertreter finden würden, der hat von vornherein das Aktienwesen ver-
urtheilt, wer dasselbe aber als eine berechnete Kapitalanlage aner-
kennt, der ist auch der sichern Ueberzeugung, daß, wie Herr v. Köller
es mit Recht ausgedrückt hat, unter den strengen Bestimmungen die
Personen sich schon finden, nur viele Aktiengesellschaften nicht
entstehen werden, welche eben im ersten Werden unterdrückt
zu werden verdienen. Unser Wunsch geht dahin, daß die
Regierung beim Reiche dahin wirken möge, daß die Reform des Aktien-
wesens nicht vertagt werde bis zum Zustandekommen des deutschen
Zivilgesetzbuches. Wir halten das zeitlich für einen großen Fehler und
finden auch der Meinung, daß es inhaltlich darauf ankommt, diese be-
sondere Form der Verträge besonders zu behandeln, dann erst wird
das Zivilgesetzbuch im Stande sein, das Aktiengesetz mit einzureihen
unter seinen eigenen Bestimmungen. Es wäre aber ein verkehrter
Weg mit den Hilfsmitteln des Zivilgesetzbuches alle die besonderen
Eigentümlichkeiten des Aktienwesens in einem großen Gesetzbuch zu
entwickeln, das würde dem Zustandekommen des deutschen Zivilgeset-
zbuches geradezu gefährlich werden können. Indem ich diesen sachlichen
Theil meines Vortrags abschließe, glaube ich, daß an uns die Pflicht
herantritt, mit dem Beispiel voranzugehen, indem wir jeder durch seine
eigene Praxis, und wir alle als Gesetzgeber die stillen Anschauungs-
gegenstände des Volkes zu klären und vornehmen. Da zum Teil mit durch
den Schuld der Gesetzgebung die Verwirrung eingetreten ist, so sind
wir in erster Linie berufen, durch Beispiele und durch Handlungen
wieder auf den rechten Weg hinzuweisen. Wenn ich mich frage: wie
hat es kommen können, daß bei uns so arge Mißbräuche eingebrochen
sind, wie wir sie bis zum Jahre 1873 erlebt haben, so glaube ich,
daß die Schuld wahrlich nicht am deutschen Volke lag. Ich
habe wohl pessimistische Stimmen, namentlich auch schadenfrohe
im Auslande gehört, welche nun plötzlich dem deutschen Volke
dieser Eigenheiten zuschreiben, die zu dergleichen schädlichen Ope-
rationen besonders günstig sind. Es hat eine Zeit gegeben, in welcher
man uns sehr gelobt hat: jetzt ist die Zeit, in der wir selbst uns
und man uns auch vielleicht von außen aus sehr in unserer
und in der man uns auch vielleicht von außen aus sehr in unserer
nationalen Eigentümlichkeit tadelt. (Sehr wahr!) Die Dinge,
die hier bei uns vor sich gehen, gehen fast in allen Ländern
Europas vor sich und auch in Amerika. Ich glaube, daß das deutsche
Volk auch in dieser Unternehmung eine Probe zu seinen Gunsten be-
standen hat; denn ich erkenne es mit Stolz an, daß, so sehr verderbte
Manifestationen sich auch durch das ganze Publikum durch Verwir-
rung der Begriffe gezeigt haben, Sie doch nirgend den Schatten eines
Zweifels finden, als ob diejenigen, die berufen waren, amtlich die
Staatshoheit wahrzunehmen, irgendwo direkt oder indirekt an dieser
Korruption theilgenommen hätten; und wenn man nach gewissenhafter
Untersuchung ein solches Zeugnis abgeben kann, so kann jede Nation
damit zufrieden sein. Ich erkenne ferner an, daß nicht allein an
uns, sondern auch an die Presse diese Mahnung gerichtet werden
muß; denn auch sie hat theils durch Schweigen, theils durch nicht
gehörige Behandlung, theils durch direkte Theilnahme an der Kor-
ruption dazu in erheblichem Maße mitgewirkt. (Abgeordneter Schrö-
der [Lippstadt]: Unsere Presse nicht.) Ich meine nicht, die
gesamten Organe der Presse hätten dies ohne Ausnahme gethan;
aber eine Wahrheit bleibt es doch, daß in jener Zeit sich diejenige
Presse vervielfältigt hat, die bloß darauf gedrungen war, durch Er-
pressung, durch Bedrohung, durch Begünstigung derjenigen, welche zu
diesem Zwecke direkt die Schriftsteller bestochen haben, die Unterneh-
mungen theils zu verfolgen, theils sie zu fördern. Es sind die so-
genannten Fachjournale, die wiederum nicht alle, aber doch in erheb-
lichem Maße dabei theilhaftig sind, die gerade zum Zweck dieser Aus-
beutung begründet wurden. Ja ich glaube noch weiter, daß selbst bei
solchen sehr würdigen und hochachtbaren Organen, die in ihrem poli-
tischen Theil unmissverständlich und bei denen die Personen, welche den
politischen Theil vertreten, unmissverständlich von allen diesen schmutzigen
Handlungen weit entfernt sich gehalten haben, auch wahrheitsgemäß in
Unkenntnis gewesen sind — daß selbst bei solchen Organen derjenige,
der die Vermittelung zwischen diesen Organen und jenem anstehen-
den Platz, den man die Börse nennt, zu besorgen hatten,
sich nicht ferngehalten hat, an demselben Gewinn theilzunehmen und
das Publikum sei es durch Schweigen, sei es durch Entstellung und
Reklamen zu verführen. Ich glaube auch, die politischen Parteien und
die politischen Vertreter der Zeitungen werden jetzt nicht mehr denje-
nigen Theil als den verlorenen betrachten, der sich mit den Börsen-
angelegenheiten beschäftigt, als einen völlig abgetrennten, den
sie vielleicht nicht einmal lesen, sondern sie werden, um ihres eigenen
Charakters willen und um die öffentliche Meinung mit vollem Verstand
zu versehen, darüber wachen, daß in diesen Theil sich nicht die unreinen
Elemente einschleichen, und daß wo sie vorhanden sind, sie ausge-
schieden werden. Das deutsche Volk bedarf dieser Ermahnung. Wir
gründen jetzt in Preußen unser ganzes Staatswesen auf Selbst-
verwaltung. Selbstverwaltung aber setzt im höchsten Maße Sitten-
reinheit bei den Bürgern voraus und strenge Achtung der Ge-
setze. Zu gleicher Zeit auf diese Elemente den Staat hinzu-
weisen und in irgend einem Theile der öffentlichen Wirtschaft zu
gestatten, daß diese Sittenreinheit getrübt werde und zwar unter
der Teilnahme derjenigen Faktoren, welche bestimmt sind, die öffent-
liche Moral mit zu regeln, und zu gestatten, daß das Gesetz in irgend
einer Weise verletzt werde, ist ein Widerspruch, der nicht zum Heil
führen kann. Sie können, meine Herren, das gesamte politische und
ethische Leben der Nation weder vom wirtschaftlichen Leben noch von
dem bestimmten Zweige seiner öffentlichen Wirtschaft abtrennen.
Ich sehr erheblicher Zweig aber ist das Eisenbahnwesen und das
Bankwesen. Was Sie dazu beitragen, daß hier eine Läuterung und
Reinigung der als korruptiv anerkannten Zustände erfolge, das leisten
sie nicht allein dieser Sache, sondern dem Vaterlande ganz allgemein,
in diesem Sinn soll die heutige Verhandlung, soll die Annahme
meiner Anträge haben. (Lebhafter Beifall.)
(Schluß folgt.)

Staats- und Volkswirtschaft.

Wien, 29. März. Wochensatzweis der österreichischen Na-		
ationalbank*)	271,729,860	Abnahme 1,597,530 fl.
Metallagio	136,596,594	unverändert
Wechsel	11,097,594	Zunahme 24,452
Staatsnoten, welche	3,993,575	Abnahme 288,379
der Bank gehören	98,888,478	Abnahme 14,120
Bombard	29,635,900	Zunahme 111,200
Eingelöste und bän-		
kenmäßig ange-		
kaufte Pfandbriefe	3,418,066	Abnahme 181,800

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 22. März.

Wien, 29. März. Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn
betrugen in der Woche vom 16. bis zum 23. März 179,280 fl.

ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine
Mindererinnahme von 5864 fl.

Wien, 29. März. Die Anglobank hat ihre Generalversamm-
lung am 6. Mai d. J. ausgeschrieben. Auf der Tagesordnung der-
selben befindet sich auch die Beschlußfassung wegen theilweiser Verwen-
dung des Reservefonds zur Deckung von Verlusten und wegen Ent-
nahme eines Betrages aus dem Reservefonds zur Auszahlung an die
Aktionäre.

Wien, 26. März. Wie die „Presse“ meldet, übernimmt die
ungarisch-galizische Bahn vom Staate den Betrieb der Dniester Bahn.
— Dasselbe Blatt berichtet entgegen dem von der „Semaine financière“
gebrachten Mittheilungen über die Dividende der Staatsbahn, daß der
Verwaltungsrath in dieser Angelegenheit überhaupt noch keinen Be-
schluß gefaßt hat.

Briefkasten.

Dr. M. in Schwiebus. Besten Dank. Wir wollen die Sache ein-
weisen ad notam nehmen und bei Gelegenheit verwenden. Vielleicht giebt
Sohn der Herr Veranlassung, demnach mehr von ihm zu melden.

H. im St. Schroda. Nur wenn Sie selbst oder einer der interessir-
ten Personen im Fall einer Anklage die Verantwortlichkeit für den Bericht
über die dem Reichsbankhalter schuldgebene Unzuverlässigkeit übernehmen
wollen, werden wir Ihrer Korrespondenz unsere Spalten öffnen.

E. in Gnesen. § 45 der Städteordnung sagt: „Für einzelne Ge-
genstände kann durch besonderen Beschluß, welcher in geheimer Sitzung ge-
faßt wird, die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.“ Daß eine Bürgermeister-
wahl nicht zu den Gegenständen gehört, bei denen die Öffentlichkeit ausge-
schlossen werden kann, steht nirgends.

L. G. in Wien. Die betr. Nummer ist an Sie unter Kreuzband ab-
gegangen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Baden-Baden, 29. März. Die Königin Viktoria ist mit der
Prinzessin Beatrice und Gefolge heute Nachmittag 4 Uhr hier einge-
troffen und in der Villa Hofenlohe abgestiegen. Lord Derby traf
ebenfalls heute Nachmittag hier ein.

Stuttgart, 28. März. Die Regierung hat in dem Landtage
einen Gesetzentwurf, betreffend die weitere Ausdehnung des württem-
bergischen Eisenbahngesetzes, eingebracht. Unter den projektirten Linien
befindet sich auch eine neue Bahn von Heilbronn nach Eppingen.

München, 29. März. Die Mittheilung einiger Blätter, daß ein
Theil der liberalen Kammerfraktion, beziehungsweise der linken Flügel
derselben, eine besondere „freie Vereinigung“ bilden werde, wird von
gut unterrichteter Seite als vollständig unbegründet bezeichnet.

Wien, 29. März. Die „Neue freie Presse“ erinnert an die von
dem Finanzminister im Abgeordnetenhaus abgegebene Erklärung, daß
die Regierung die Prioritäten der garantirten Bahnen nicht nothwei-
send lassen werde. Das Blatt will wissen, daß sich die Regierung
mit dem Plane trage, den Eisenbahnprioritäten eine Art von Titres-
Garantie zu gewähren und hört, daß sich dieselbe ernsthaft mit der
Fortsetzung der Aktion zur Sanirung der Bahnen befaßt.

Paris, 28. März. Die Königin Viktoria ist heute Nachmittag
3 Uhr in Cherbourg eingetroffen und hat nach nur zweistündigem
Aufenthalt ihre Reise fortgesetzt.

Versailles, 28. März. Die Deputirtenkammer bewilligte in ihrer
heutigen Sitzung einstimmig einen Kredit von 1,750,000 Francs für
die durch die Ueberschwemmung eingetretene Noth. — Bei den im weite-
ren Verlaufe der Sitzung fortgesetzten Wahlprüfungen wurde die Wahl
des Bonapartisten Gavini für ungültig erklärt.

Madrid, 28. März. Ministerpräsident Canovas del Castillo hat
heute bei der konstituierenden Versammlung den neuen Verfassungsent-
wurf eingebracht und ein Dekret des Königs vorgelesen, in welchem das
Ministerium ermächtigt wird, die Verfassungsfrage der Entscheidung
der Cortes zu unterbreiten. Der Verfassungsentwurf stimmt mit der
f. J. von den Notablen ausgearbeiteten beglückten Vorlage überein;
Canovas del Castillo wies darauf hin, daß bezüglich der Einbringung
einer solchen Vorlage wohl der Regierung die Initiative gebühre.

London, 29. März. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses
erklärte Northcote auf eine Anfrage Wolffs, der Bericht Cave's be-
ruhe zum Theil auf Informationen, die der Rhebive selbst Cave er-
theilt habe, zum Theil auf Informationen, die Cave auf andere Weise
gewonnen. Cave habe keine Verpflichtung gehabt, seinen Bericht behufs
Veröffentlichung desselben vorzubereiten. Der größte Theil der vom
Rhebive selbst erhaltenen Informationen sei durchaus vertraulicher Natur,
während die auf andere Weise an Cave gelangten Informationen
einen weniger vertraulichen Charakter trügen. Northcote erwi-
derte ferner auf eine Anfrage Gordon's, die Pforte habe zu
keiner der Maßregeln bezüglich der türkischen Anleihe eine
Sanktion oder Billigung der englischen Regierung nachgesucht,
die auf die türkischen Anleihen bezügliche diplomatische Kor-
respondenz werde dem Hause vorgelegt werden. Hierauf beant-
wortete Disraeli die gestern von Campbell und Anderson angekündig-
ten Anfragen. Dem Ersteren erwiederte er, der Wortlaut des Cave-
schen Berichts befände sich nicht in der Hand des Rhebive. Was die
Frage anbelange, ob die Regierung damit einverstanden sein würde,
daß der Rhebive diejenigen Theile des Berichts veröffentliche, die der-
selbe als auf seinen Mittheilungen beruhend betrachte, während die
anderen Theile des Berichts nicht veröffentlicht würden, so könne er
nur sagen, daß sich der Rhebive in dieser Beziehung überhaupt nicht
geäußert habe. Anderson gab der Premier zur Antwort, es seien
alle erforderlichen Anordnungen getroffen, daß die lediglich durch Fa-
milienrückichten veranlaßte Reise der Königin für den Gang der
Staatsverwaltung ohne irgend welche Unzuträglichkeiten bleibe.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 29. März, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min.
Fest. Internationale Spekulationswerthe und österreichische Ba-
nen besser. Banken theilweise matter Nationalbank erheblich niedriger.
Privatbank 3 pCt.
Schlußkurse: Londoner Wechsel 205, 15. Pariser Wechsel 81, 27.
Wiener Wechsel 174, 10. Böhm. Westbahn —. Elisabethbahn 135
Galizier 163 1/4. Franzosen*) 237. Lombarden*) 88. Nordwestbahn
110. Silberrente 60 1/2. Papierrente 57 1/2. Russ. Bodenr. 86 1/2.
Russen 1872 100. Amerikaner der 1885 100 1/2. 1880er Loose 107 1/2.
1864er Loose 272 00. Kreditaktien*) 139 1/2. Deferr. Nationalbank
757, 00. Darmstädter Bank 107 1/2. Berliner Bänder 79 1/2. Frank-
furter Wechselbank 80 1/2. Deferr. deutsche B. 91 1/2. Weininger

*) per medio resp. per ultimo.

Bank 79 1/2. Def. Rudwigsbahn 99 1/2. Oberbessen 73 1/2. Ungarische
Staatsloose 153, 90. Ungar. Schatzanweis. alt 89 1/2. do. do. neue 88.
do. Dbl. II. 63 1/2. Centr. Pacific 91 1/2. Reichsbank*) 156 1/2. —
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 138 1/2. Franzosen 236 1/2. com-
barden 89. 1860er Loose.

Frankfurt a. M., 29. März, Abends. (Effekten-Börse.)
Kreditaktien 139 1/2. Franzosen 236 1/2. Lombarden 88. Galizier —.
Elisabethbahn —. Reichsbank —, 1860er Loose —. Rudwigsbahn
—, Spanier —, Ungar. Loose —, do. Schatzanweis. —, Deferr.
deutsche Bank —. Silberrente —. Biemlich fest.
Wien, 29. März. Anfangs sehr lebhaft, zum Schluß schwächer,
Devisen fest.

[Schlußkurse.] Bayerrente 65, 90. Silberrente 70, 00. 1854er
Loose 104, 50. Nationalbank 878, 00. Nordbahn 1790. Kreditaktien
161, 30. Franzosen 270, 50. Galizier 185, 50. Nordwestbahn 127, 00.
do. Lit. B. 43, 50. London 117, 00. Paris 46, 10. Frankfurt 56, 80.
Böhm. Westbahn —. Kreditloose 158, 75. 1860er Loose 130, 50.
Lomb. Eisenbahn 102, 50. 1864er Loose 150, 50. Unionbank 66, 25.
Anglo-Bank 68, 50. Austro-türkische —, Napoleons 9, 33 1/2. Da-
latsen 5 46 1/2. Silberloose 101, 80. Elisabethbahn 152, 50. Ungarische
Reichsanleihe 71 00. Deutsche Reichs-Banknote 57 35 —. Türkische
Loose 22, 50. — Abends. Abendsbörse. Kreditaktien 161, 10.
Franzosen 271, 00. Galizier 186, 00. Anglo-Bank 68, 25. Union-
bank 66, 50. Lombarden 102, 75. Papierrente —, Silberrente —,
Napoleons 9, 33. Rubig.

Paris, 29. März, Nachm. 3 Uhr. Rußig. Schluß f. f.
[Schlußkurse.] 3proz. Rente, 66 7/8. Anleihe — 1872 104 85 —. Ital.
5proz. Rente 71 25. Italienische Tabakaktien —, Italienische
Tabakobligationen —, Franzosen 587, 50. Lombard. Eisenbahn-
Aktien 228, 75. Lombard. Prioritäten 239 00. Türken der 1865 16, 80.
Türken der 1869 100, 00. Türkenloose 48 00. Kredit mobiler 190.
Spanier 16, 68, do. unter 15, 68. Bernaner —, Societe generale
540, Egypter 288. Suezkanal-Aktien 737, Banque ottomane 416.
Wechsel auf London 25, 23 1/2.

Paris, 29. März, Früh. Auf dem Boulevard wurden gestern
Abend bei fester Stimmung Rente de 1872 zu 104,85, Türken zu
16,40 gehandelt.

London, 29. März, Nachmitt. 4 Uhr. Konfols 94 1/2. Italien.
5proz. Rente 70 1/2. Lombarden 9 1/2. 3proz. Lombard-Prioritäten alte
9 1/2. 3proz. Lombard-Prioritäten neue 9 1/2. 5proz. Russen der 1871
97, 5proz. Russ. der 1872 99. Silber 53 1/2. Türkl. Anleihe der
1865 16 1/2. 5proz. Türken der 1869 18 1/2. 6proz. Vereing. St. pr.
1865 105 1/2. do. 5proz. fundirt 106 1/2. Deferr. Silberrente
—, Deferr. Papierrente —, 6proz. ungarische Schatz-
bons 89. 6proz. ungarische Schatzbons II. Emission 85 1/2.
Spanier 16 1/2. 5proz. Bernaner —.
Platzdiskont 2 1/2. Prozent. — In die Bank flossen heute 14,000
Psd. Sterl.

New-York, 28. März, Abends 6 Uhr. (Schlußkurse.) Höchste
Notierung des Goldagio 14 1/2, niedrigste 13 1/2. Wechsel auf London
in Gold 4 D. 87 C. Goldagio 14 1/2. Bonds der 1885 118 1/2. do.
neue 5proz. fundirt 118 1/2. „ „ Bonds der 1887 121 1/2. Erie-Bahn 19 1/2.
Central-Pacific 107 1/2. New-York Centralbahn 113 1/2. Baumwolle in
New-York 13 1/2. Baumwolle in New-Orleans 13 1/2. Wehl 5 D. 25 C.
Kaffee. Petroleum in New-York 15. do. Philadelphia 14 1/2. Zucker
frühjahrswaare 1 D. 37 C. Mais (old mixed) 69 C. Ruder (Far-
renn) (Rusobados) 7 1/2. Kaffee (Rio) 17. Speck (short clear) 13.
Schmalz (Marle Wilcox) 14 1/2 C. Getreidebericht 7 1/2.

Produkten-Course.

Danzig, 29. März. Getreide-Börse. Wetter: trübe
und feucht. Wind SO.

Weizen loco ist heute wieder in recht stauer Stimmung an
unserem Markte gewesen, denn es fehlte an Kaufkraft, und war man
genötigt, Gebote um einige Mark billiger anzunehmen. Feinster
weißer Weizen brachte noch gestrige Preise. 210 Tonnen sind verkauft
worden und ist bezahlt für roth 120 Pfd., 194 M., hellfarbig 124 1/2 Pfd.
197 M., hellst 128, 129, 30, 130 Pfd., 210, 213, 215 M., extra weiß
133 1/4 Pfd., 220 M. per Tonne. Termine billiger, nur Herbst nicht.
April-Mai 200, 199 M. bez. u. Br., Mai-Juni 202 M. bez., Juni-
Juli 210 M. Br., Septbr.-Oktbr. 218 M. Br. Regulirungspreis
201 M.

Roggen loco wurden nur 20 Tonnen alter 120 Pfd. zu 145 M.
per Tonne gehandelt. Termine geschäftlos, April-Mai 143 M. Br.
Regulirungspreis 146 M. — Gerste loco kleine 106 1/2 Pfd., 142 M.
per Tonne. — Hafer loco 170 M. per Tonne bez. — Spiritus
loco nicht zugeführt.

Wien, 29. März, Nachm. 1 Uhr. Weizen —, hiesiger loco
22, 00, fremder loco 23, 00. pr. März 20, 80, pr. Mai 20, 70,
pr. Juli 21, 15. Roggen, hiesiger loco 16, 00. pr. März 15, 25,
pr. Mai 15, 15, pr. Juli 15, 25. Hafer loco 18, 00. pr. März
17, 60, pr. Mai 17, 40. Rübsl loco 32, 50, pr. Mai 31, 10,
pr. Oktober 32, 00. — Wetter: warm.

Hamburg, 29. März, Nachm. Weizen loco ruhig, auf Ter-
mine flau. Roggen loco beh., auf Termine flau. — Weizen
pr. März 205 Br., 204 Gd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Pfd. 207 Br.,
206 Gd. Roggen pr. März 150 Br., 149 Gd., pr. Mai-Juni
pr. 1000 Pfd. 152 Br., 151 Gd. Hafer fest. Gerste matt.
Rübsl flau, loco 61, pr. Mai 58 1/2, pr. Oktbr. fest. Gerste matt.
Spiritus still, pr. März 34 1/2, pr. April-Mai 34 1/2, pr. Juni-
Juli 35, pr. Juli-August pr. 100 Liter 100 Pfd. 36. Kaffee fest,
Umfas 4000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco
13, 75 Br. 13, 50 Gd., pr. März 13, 50 Gd., pr. August-Dezbr.
—, — Wetter: Regnerisch.

Bremen, 29. März. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard
white loco, und pr. März 13,00 a 13,20. pr. April-Mai 12,90 per
Sept.-Okt. 13, 00. Rußig.

Paris, 29. März, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schluß-
bericht.) Weizen rub., pr. März 27, 25, pr. April 27, 50. pr.
Mai-Juni 27, 75. pr. Mai-August 28, 50. Wehl rub., pr. März 59, 50,
pr. April 59, 50, pr. Mai-Juni 60, 50, pr. Mai-August 61, 25.
Rübsl: feigend, pr. März 73, 00, pr. April 73, 00, pr. Mai-August
76, 00, pr. September-Dezbr. 77, 25. Spiritus weichend, pr. März
46, 00, pr. Mai-August 47, 00. — Wetter: —

Paris, 28. März. (Abendbörse.) Produktenmarkt. Wehl behaup-
tet, pr. März 59, 50, pr. April 59, 50, pr. Mai-Juni 60, 50, pr. Mai-
August 61, 50.

Austerdam, 29. März, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schluß-
bericht.) Weizen loco geschäftlos, auf Termine niedrig, pr. Novbr.
297. — Roggen loco unb. auf Termine flau, pr. März —,
pr. Mai 178, pr. Okt. —, Raps per Frühjahr 363, pr. Herbst
382 fl. Rübsl loco 36 1/2, pr. Mai 35 1/2, pr. Herbst 36 1/2.
— Wetter: bewölkt.

Antwerpen, 29. März, Nachmittags, 4 Uhr 30 Minuten.
Getreidemarkt geschäftlos.

Petroleum-Markt (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß
loco 31 1/2 Br., 31 1/2 Gd., pr. März 31 1/2 Br., 31 1/2 Gd., pr. April 31 bez.,
31 1/2 Br. pr. Septemb.-Dez. 31 1/2 bez., 32 Br. Steigend.

London, 29. März, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)
Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 9480, Gerste 1670,
Hafer 38,410 Dtr. — Weizen rub. angekommene Ladungen stetig.
Hafer aus Reval 1/2 fl. billiger. Andere Getreidearten fest aber ru-
big. — Wetter: bewölkt.

Riverpool, 29. März, Nachmittags. Baumwolle. (Schluß-
bericht.) Umfas 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000
Ballen Surats theilweise 1/2 d. niedr. Middling Orleans 6 1/2, mid-
dling amerikanische 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah
4 1/2, good middling Dhollerah 4 1/2, middl. Dhollerah 4, fair
Bengal 4, good fair Broad 5, new fair Dacca 4 1/2, good
fair Dacca 5 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Bernam 7, fair Smyrna
5 1/2, fair Egypt 6 1/2.

Glasgow, 28. März. Rohheiten. Mixed numbers warrants
59 Gd. 3 d.

Verlag von W. Decker u. Comp. (E. Köstel) in Posen.